

grh Mitteilungen ¹⁰/₂₃

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNR.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Wölfe im Schafspelz

Zur 78. Vollversammlung der UNO

Hans Bauer

Deutschland hat seinen 50. Jahrestag der Aufnahme in die UNO gefeiert. Damals, 1973, als 133. (DDR) und 134. (BRD) Mitglied. Die diesjährige UN-Vollversammlung war ein willkommener Anlass, dieses Jubiläums zu gedenken. Wie nicht anders erwartet, nach großdeutschem Geschichtsverständnis natürlich: Als Ergebnis Brandtscher Entspannungspolitik, die die Aufnahme beider deutscher Staaten ermöglichte. Der Anteil der DDR wird verschwiegen, wenn nicht verfälscht. Verschwiegen wird auch, dass die BRD damals schon den Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten von 1972 – Voraussetzung für die UNO-Aufnahme – unterlaufen hatte, indem sie mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wenige Monate vor der UNO-Aufnahme, im Juli 1973, den Wesensgehalt des Vertrages entstellte. Schon damals Völkerrechtsbruch, juristische Aggression gegen die DDR mit Bekräftigung des Alleinvertretungsanspruchs der BRD im Urteil.

Aber all das ist für die westdeutschen Machthaber vergessen. Und Scholz' Gedächtnis ist ohnehin geschädigt. Der Doppel-Wumms-Kanzler feierte also sich und Seinesgleichen vor der Vollversammlung – wenn auch vor fast leerem Saal. Er feierte Deutschland als „zuverlässigen Partner“ der Weltgemeinschaft. Gegen „Revisionismus und Imperialismus“, besonders den russischen. Für eine „multipolare Welt“. Sprach von souveräner Gleichheit, territorialer Integrität und davon, dass Deutschland dem Frieden verpflichtet sei.

Großspurig präsentierte er allerdings für den aufmerksamen Zuhörer alle Indizien für Deutschlands imperialen und unipolaren Machtanspruch, Kriegspolitik und Völkerhass. „Russland ist für diesen Krieg verantwortlich“, war seine Hauptaussage zum Ukraine-Krieg. Verkehrung der Tatsachen. Immerhin mimte Scholz Bescheidenheit und vermied die Forderung nach einem ständigen Sitz für die BRD im Sicherheitsrat. Das erledigte sein Freund Selenskij für ihn. Deutschland sei zu einem der „wichtigsten Garanten für Frieden und Sicherheit“ geworden. Und Russland müsse das Veto-Recht aberkannt werden. Alles verbunden mit Forderungen nach mehr und neuen Waffen für die Ukraine und weiteren Strafen für Russland. Dieselben Melodien bei ihren Auftritten im Sicherheitsrat. Alles bekannt und alles für den Frieden. Übrigens sprach Selenskij ebenfalls vor fast leerem Saal. In einem manipulierten Video ist er sogar als sein eigener Zuhörer zu sehen. Das Interesse der Weltgemeinschaft hält sich offenbar in Grenzen.

Die Krönung lieferte allerdings der größte Kriegstreiber und -verbrecher, US-Präsident Joseph Biden. Der gerierte sich als weiser Hüter, Wächter und Mahner für den Frieden. Unter Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vor 75 Jahren zelebrierte er, dass und wie die USA den Menschenrechten verpflichtet waren und seien. Und zwar auf der ganzen Welt, um die Menschenwürde zu schützen. Benannte selbstverständlich auch die Feinde der Menschenrechte, vor allem Nordkorea und den Iran. Und Russland, das „ohne

Provokation“ den Krieg in der Ukraine ausgelöst habe.

Offenbar ist Biden und Scholz bewusst, wie ihre Macht und ihr Ansehen in großen Teilen der Welt schwinden. Deshalb ihr sichtbares Bemühen, mit Auftreten und Rhetorik friedfertig und respektvoll zu wirken. Ihren Anspruch auf Wortführerschaft in der Weltgemeinschaft konnten sie aber nicht verbergen. Allzu sehr erleben die meisten Staaten, welche Rolle besonders die USA, NATO, EU, aber auch Deutschland in Wirtschaftskriegen, bei der Ausbeutung fremder Länder und Neokolonialismus spielen. Abgesehen von der Beteiligung an „bunten Revolutionen“ und heißen Kriegen.

Die 78. UNO-Vollversammlung hat den russischen Außenminister Lawrow bestätigt: „Leider hat sich der sogenannte kollektive Westen unter Führung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges das Recht angeeignet, über die Geschehnisse der gesamten Menschheit zu bestimmen...“ Das erkennen immer mehr Völker, wie die UNO-Vollversammlung bewies.

Auch Wölfe im Schafspelz können nicht verschleiern, dass die wirkliche Zeitenwende bereits in vollem Gange ist.

3. Oktober 2023 – „Tag der Deutschen Einheit“

Deutschland im Krieg gegen Russland

Doris und George Pumphrey, Mitglieder der AG Aufklärer der GRH

Von deutschem Boden würde nur noch Frieden ausgehen, hatten die Regierungen der BRD und DDR im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 erklärt. Mit dem Verschwinden des antifaschistischen Friedensstaates DDR am 3. Oktober 1991 und dem Ende des Warschauer Vertrages bzw. der Sowjetunion im gleichen Jahr konnte der BRD-Imperialismus jede Zurückhaltung ablegen. Der NATO bewies die BRD ihre Kriegs-Verlässlichkeit auch gleich bei der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien 1999. Entgegen aller früheren Zusicherungen ist die NATO – und mit ihr die Bundeswehr – inzwischen bis an die Grenzen

Russlands vorgestoßen. Russlands wiederholte Verhandlungsangebote zur Lösung der wachsenden Spannungen wurden vom NATO-Westen systematisch ignoriert.

Mit dem von den USA initiierten und mit Hilfe offen faschistischer Kräfte durchgeführten Putsch wurde 2014 in Kiew eine russophobe Regierung installiert, die ukrainische Verfassung suspendiert und allem Russischem der Kampf angesagt. Kiew begann einen Krieg gegen die russischsprachigen Ukrainer im Donbass, die sich weigerten die illegale russophobe Regierung anzuerkennen.

Das völkerrechtlich verbindliche Minsk-II Abkommen von 2015 sollte diesen Konflikt friedlich lösen und Deutschland, Frankreich und Russland für seine Umsetzung sorgen. Acht Jahre lang hatte sich Russland für diese friedliche Lösung im Rahmen der staatlichen Einheit der Ukraine eingesetzt, die von Kiew, nach eigenen Aussagen, sabotiert wurde. Im letzten Dezember erklärte Angela Merkel – sekundiert von François Hollande – sie hätte die Umsetzung des Abkommens nie beabsichtigt, denn sie wollte Kiew nur Zeit zur Aufrüstung verschaffen. Der deutsche Generalmajor a. D. Harald Kujat bezeichnete dies als eine bewusste Täuschung Russlands, einen Vertrauens- und Völkerrechtsbruch.

Per Dekret hatte der ukrainische Präsident Selenskij im März 2021 die militärische Wiedereingliederung der Donbass-Republiken und der Krim angeordnet und begann zum Jahreswechsel 2021/22 über 100.000 Truppen im Osten zu konzentrieren, die laut OSZE ihre Angriffe im Januar/Februar 2022 auf Wohngebiete im Donbass massiv intensivierten. Dem Krieg Kiews gegen die Bevölkerung des Donbass waren bis 2022 bereits über 14.000 Menschen zum Opfer gefallen.

Mit konkreten Vorschlägen für Verträge mit den USA und der NATO über gegenseitige Sicherheitsgarantien versuchte die russische Regierung noch im Dezember 2021 die Situation zu entschärfen. Die NATO sollte versprechen „keine Erweiterung mehr durchzuführen“, berichtete NATO-

Generalsekretär Stoltenberg am 7. September 2023 dem EU-Parlament. „*Natürlich haben wir das nicht unterschrieben*“. Daraufhin sei Putin „*in den Krieg gezogen, um immer mehr NATO an seinen Grenzen zu verhindern*“.

„*Der Krieg begann nicht erst im Februar letzten Jahres, sondern bereits 2014*“, hatte Stoltenberg auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023 freimütig erklärt. „*Und seit 2014 haben wir die größte Verstärkung unserer kollektiven Verteidigung durchgeführt, mit mehr Truppen, höherer Bereitschaft und Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses, neuen Verteidigungsplänen und auch höheren Verteidigungsausgaben.*“

Alle russischen Versuche, zu einer Lösung des Konflikts und einer Einstellung der Kriegshandlungen zu kommen, wurden von westlicher Seite torpediert. Als Kiew und Moskau in ihren direkten Verhandlungen Anfang April 2022 die Grundlage für eine Einigung erreicht hatten, erklärte der damalige britische Premier Boris Johnson Selenskij, der Westen sei nicht bereit mit Russland Frieden zu schließen. Kiew brach die Verhandlung mit Moskau ab. Zudem unterschrieb Selenskij im darauffolgenden Oktober ein Dekret, das jegliche Verhandlungen mit Präsident Putin verbietet.

Seitdem eskaliert der NATO-Westen mit endlosen Waffenlieferungen an Kiew den Krieg gegen Russland. Ganz vorne mit dabei die deutsche Regierung, die mit Waffen und Durchhalteparolen Ukrainer für sich kämpfen, bluten und sterben lässt, um den Endsieg gegen Russland zu erringen.

Die „Vernichtung der Lebenskraft Russlands“, wie Hitler es formuliert hatte, war nicht gelungen. Heute will die deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock „Russland ruinieren“ und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz mahnt: „Es muss unser Ziel sein, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt“.

Die deutsche Regierung unterstützt politisch, militärisch und finanziell ein Regime, das auf allen Ebenen mit russophoben Faschisten durchsetzt ist – eine Ukraine, in der Nazi- und SS-Kollaborateure offiziell als Nationalhelden verehrt werden und dessen Präsident Selenskij

im kanadischen Parlament dem ukrainischen Veteranen der SS-Division „Galizien“ zujubelt. Deutsche Politikerinnen, Politiker und Medien überziehen unser Land mit einer beispiellosen Kriegspropaganda und russophoben Hetze. Der Angriffskrieg Nazi-deutschlands gegen die Sowjetunion, der 27 Millionen Tote und verbrannte Erde hinterließ, soll vergessen werden. Jegliches Schuld- und Schamgefühl über die eigene deutsche Geschichte wird abgelegt.

Größenwahn, Geschichtsignoranz und -revision, völlige Verkennung der Realitäten im In- und Ausland und internationaler Entwicklungen kennzeichnen die heutige deutsche Regierung. Mit kolonialer Arroganz und moralischer Hybris maßt sich die deutsche Außenministerin an, andere Regierungen zu belehren. Der Bundeskanzler präsentiert deutsche Selbstgerechtigkeit in der UNO-Vollversammlung – vor fast leeren Rängen. Deutschland ist Vorreiter im NATO-Krieg gegen Russland und in der Welt, deren Mehrheit sich immer deutlicher vom kolonialen "Werte"-Westen abwendet, isoliert.

Für Kooperation und Frieden mit Russland!

Dr. Eva Ruppert

EINHEITS-MÄRCHEN

Es war einmal
Ein friedliches
sozialistisches
Deutschland
Im Osten.
Beinahe gelungen.
Die Friedenshymne
wurde gesungen.
Dann kamen
Nach vierzig Jahren
In Scharen vom Westen
Schakale, die "besten",
fraßen frech den Frieden,
Brachten Kapital
für den Sieg.
"Deutschland den Deutschen!"
Und wieder im Krieg
gegen den Osten.
Wir selber
zahlen die Kosten.
Was bleibt?
Die Internationale!

Noch ist es nicht zu spät.
Es lebe der Kampf unserer Klasse,
DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Oktober und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:

zum 95.Geburtstag
Herbert Teschner, Dietzenbach

zum 94.Geburtstag
Dr. Karli Coburger, Berlin
Werner Beck, Bernau

zum 93.Geburtstag
Hugo Adam, Berlin

zum 92.Geburtstag
Heinz Kunze, Berlin

zum 90.Geburtstag
Hans-Dieter Hein, Berlin

zum 85.Geburtstag
Jürgen Zager, Wustermark
Dieter Müller, Leipzig
Hans Ulbricht, Sargstedt
Hans-Dieter Abt, Suhl
Rudi Mißling, Berlin

zum 70.Geburtstag
Günter Lorenz, Stendal

zum 60.Geburtstag
Ralph Schadel, Cottbus

Ehrung unserer Verstorbenen

Anlässlich des 30. Jahrestages der GRH hat der Vorstand ein Gedenkheft mit den Namen von getöteten Grenzern und verstorbenen Aktivisten der GRH herausgegeben (DIN A6, 116 Seiten). Angesichts des Umfanges einer vollständigen Auflistung mit erforderlichen Daten beinhaltet das Heft lediglich eine begrenzte Auswahl verdienstvoller Mitstreiter mit Fotos und weiteren Angaben zur Person. Die Gedenkhefte werden - soweit Mitglieder in TAGs organisiert sind - an die Sprecher/Vorsitzenden versendet. Weitere

Interessierte können das Heft in der Geschäftsstelle in Berlin erhalten bzw. gegen Zahlung der Postgebühr von 1,60 € (Geld/Briefmarken) anfordern.

Wir trauern um Dr. Siegfried Rataizik

Er gehörte zu den Standhaften . Als ehemaliger Leiter der Untersuchungshaftanstalt (UHA) Berlin-Hohenschönhausen war er in besonderer Weise dem Hass und der Hetze unserer Feinde ausgesetzt. Unter Verfälschung der Tatsachen installierten sie an diesem Ort nach 1990 ein wahres Gruselkabinett, wie es der Historiker Horst Schneider in einer Publikation nannte. Heute werden dort vor allem junge Menschen manipuliert, indem sie von der „Unmenschlichkeit des Sozialismus“ erfahren. Kein Wort über die Angriffe auf unseren Staat DDR und ihren notwendigen Schutz vor Spionen, Terroristen, Kriegsverbrechern und anderen Kriminellen. Siegfried war unbeugsam, klärte auf und verteidigte die DDR. Seine Verdienste sind unvergessen. Sein Tod ist uns Verpflichtung
(Hans Bauer)

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Dr. Siegfried Rataizik aus Berlin
Er verstarb am 10. Juli 2023
im Alter von 92 Jahren

Erhard Scholz aus Zepernick
Er verstarb am 23. August 2023
im Alter von 92 Jahren

Horst Vogel aus Berlin
Er verstarb am 24. September 2023
im Alter von 92 Jahren

Andreas Spector aus Augsburg
Er verstarb am 29. September 2023
im Alter von 59 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Hohenschönhausen,
Mitte, AG Kundschafter